



Interpellation Nr. 26 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 2. März 2010

Biomasse- oder Holzkraftwerk anstelle KVA Ibach?

Im Jahr 2009 informierte der Gemeindeverband Kehrrechtbeseitigung Luzern (GKLU, heute REAL) über die neue KVA Luzern, welche in Symbiose zur Papierfabrik Perlen dereinst auf dem Gemeindegebiet Root gebaut werden soll. Die brennbaren, nicht verwertbaren Siedlungsabfälle aus der Stadt Luzern und den Verbandsgemeinden werden also künftig nach Root transportiert. Das Projekt überzeugt auf der ganzen Linie, auch wenn sich die Entsorgungsdistanz vergrössert.

Wir haben auch im Hinblick auf die Fernheizungsleitungen ein ökologisches und ökonomisches Interesse, dass die übrige Biomasse wie Siedlungsabfälle, Rasen-, Baum- und Hecken-schnitt aus Unterhaltsarbeiten an Bäumen, in Parks und entlang der Strassen, Rechengut aus der ARA Buholz, Abholz aus den Waldungen der Region – soweit es bei der ordentlichen Waldnutzung anfällt –, Sägereiabfälle und insbesondere Altholz sinnvoll in der Region verwertet wird. Diesbezüglich wäre eine Weiterverwendung der KVA Ibach ideal. Nachdem derzeit immer noch unklar ist, was mit dem aktuellen Standort auf städtischem Gebiet passiert, stellen wir an den Stadtrat folgende Fragen:

1. Wohin wird aktuell die verwertbare Biomasse aus der Stadt Luzern und der Region transportiert und wie wird diese Biomasse (getrennt nach Holz und Siedlungsabfällen) weiterverwertet?
2. Um wie viele Tonnagen pro Jahr handelt es sich dabei?
3. Ist ein Biomassekraftwerk bei der KVA Ibach in Evaluation? Wenn nein, warum nicht?
4. Bekanntlich wird eine Schnitzelholzverwertung evaluiert. Nicht nur das Abholz aus dem Wald und die Sägereiabfälle stehen zur Disposition, masslich relevant ist auch der Altholz-anfall (behandeltes Holz aus Abbruch, Möbel usw.), welcher grösstenteils nach Italien zur Verbrennung transportiert wird. Eine Verbrennung in der Region wäre nach unserem Dafürhalten sinnvoll. Unterstützt der Stadtrat ein Holzkraftwerk am bisherigen Standort?
5. Wenn ja, ist die Korporation Luzern, welche die städtischen Waldungen (rund 1000 ha) pflegt und bewirtschaftet, im Prozess integriert?

6. Wer entscheidet wann über was in diesem Projekt? Gibt es diesbezüglich Absprachen mit anderen Verbandsgemeinden?
7. In welchem Rahmen wird der Grosse Stadtrat mit diesem Geschäft konfrontiert?

Josef Wicki
namens der FDP-Fraktion